

Das neue

IT-Sicherheitsgesetz:

Wen betrifft es,
was ist zu tun ?

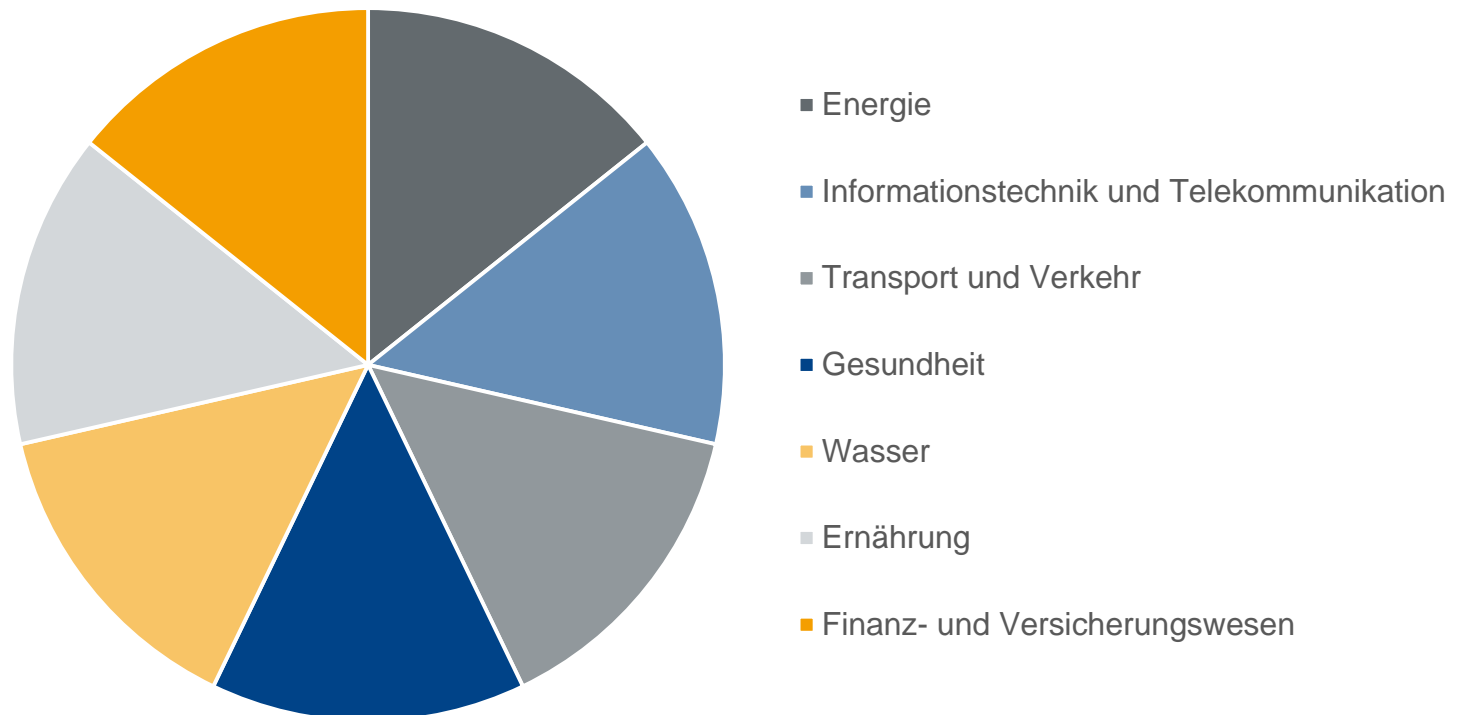
2. Tag der IT-Sicherheit
Saarbrücken, 2. Februar 2016

Der Rechtsrahmen

- Das ‚**Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme**‘ (IT-Sicherheitsgesetz) ist am **25. Juli 2015** in Kraft getreten, ist ein wesentlicher Baustein und eines der ersten konkreten Ergebnisse der **Digitalen Agenda der Bundesregierung**.
- Ziel des Gesetzes ist eine signifikante Verbesserung der **Sicherheit informationstechnischer Systeme in Deutschland**; dies soll erreicht werden durch
 - die Verbesserung der **IT-Sicherheit** (Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Authentizität) von Unternehmen,
 - einen verstärkten **Schutz von Bürgern** im Internet,
 - die **Stärkung des BSI und des BKA**.
- Das IT-Sicherheitsgesetz ist ein **Artikelgesetz** mit dem einzelne Vorschriften des BSI-Gesetzes, des Atomgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes, des Telemediengesetzes, des Telekommunikationsgesetzes und weiterer Gesetze geändert werden.

Wen betrifft es ? Der Ausgangspunkt

Sektoren nach BSI-Gesetz



Sektoren **'Staat und Verwaltung'** und **'Medien und Kultur'** nicht vom IT-Sicherheitsgesetz betroffen

Wen betrifft es ? Eine noch offene Aufgabe ...

Kritische Infrastrukturen



Gesetzentwurf: maximal 2.000 Unternehmen

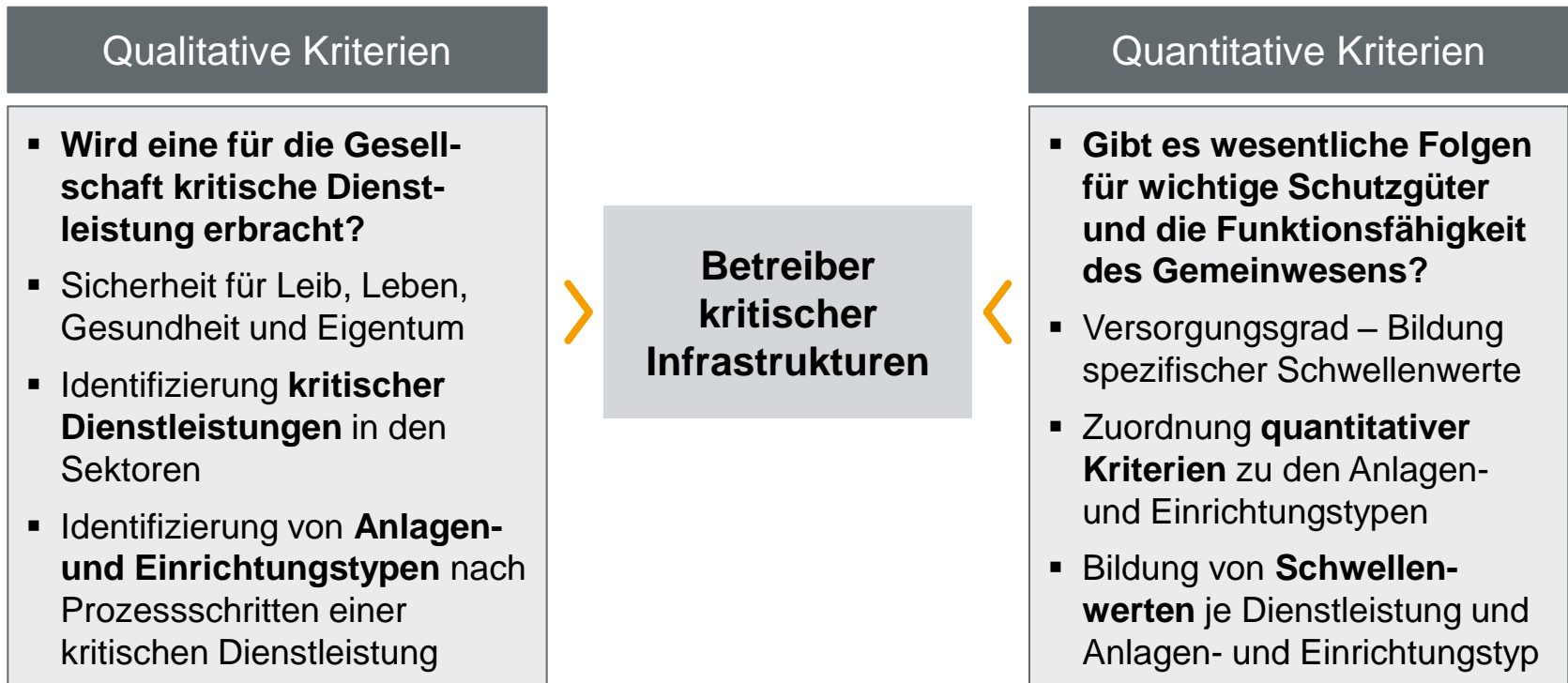


Umsetzung in zwei Körben

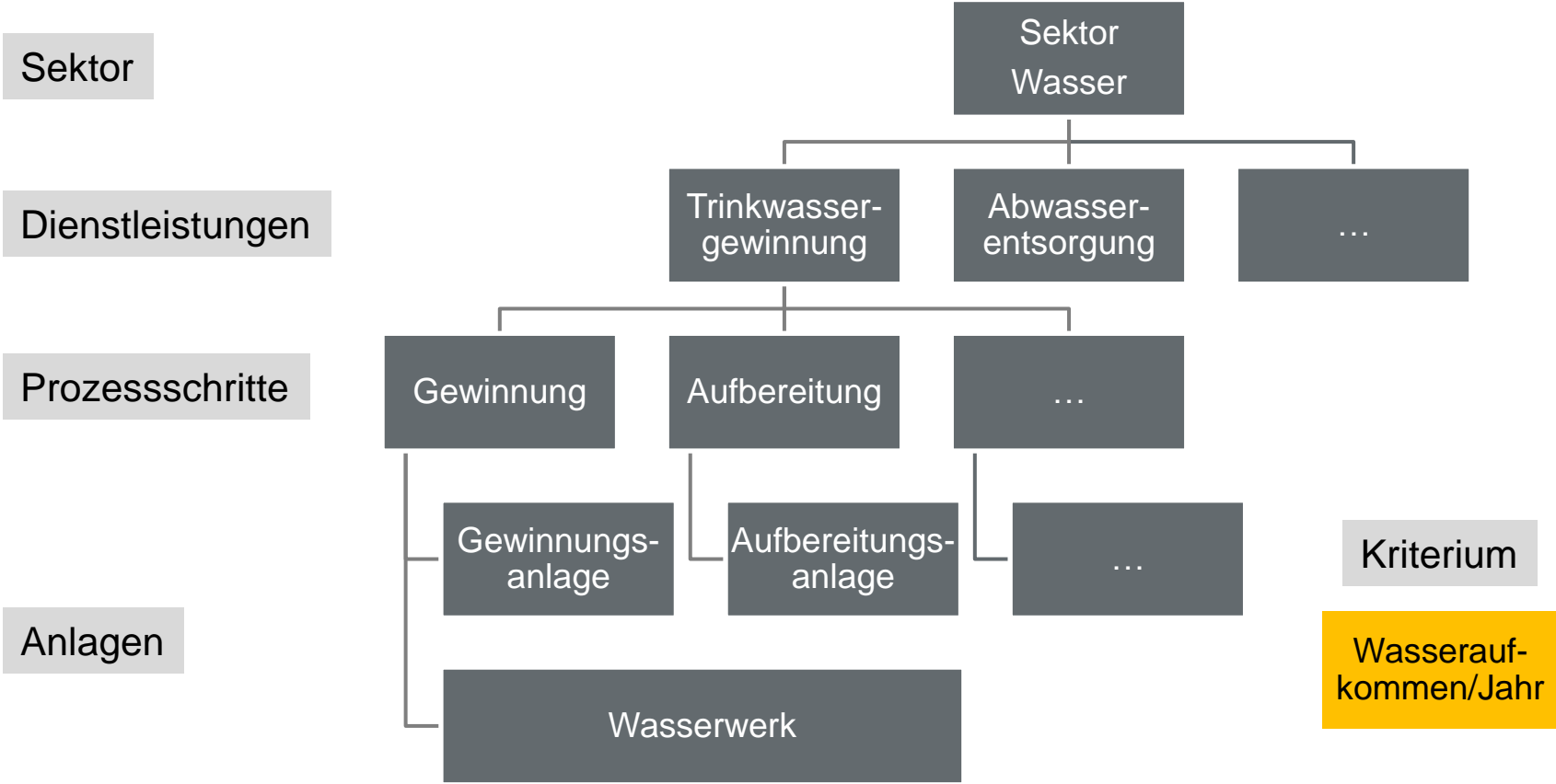
Korb 1: Energie – Informationstechnik und Telekommunikation – Wasser – Ernährung

Korb 2: Transport und Verkehr – Gesundheit – Finanz- und Versicherungswesen

Rechtsverordnung nach § 10 BSI-Gesetz



Exemplarisch*: Sektor Wasser



* nach einem Arbeitspapier des BSI

Was ist zu tun ? Allgemeine Regelung: BSI-Gesetz

Umsetzung	<ul style="list-style-type: none">▪ Pflicht zur Einhaltung eines Mindestniveaus an IT-Sicherheit (organisatorische und technische Vorkehrungen nach Stand der Technik)▪ ggf. branchenspezifische Sicherheitsstandards	spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung
Überprüfung	<ul style="list-style-type: none">▪ Geeigneter Nachweis der Umsetzung durch Sicherheitsaudits, Prüfungen oder Zertifizierungen	mindestens alle zwei Jahre
Kommunikation	<ul style="list-style-type: none">▪ Benennung einer Kontaktstelle zur Krisenfrüherkennung, Krisenreaktion und Krisenbewältigung und Koordinierung der Zusammenarbeit zum Schutz der Sicherheit	sechs Monate nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung
Meldung	<ul style="list-style-type: none">▪ Unverzögliche Meldung erheblicher Sicherheitsvorfälle an das BSI (grundsätzlich anonym; Nennung Betreiber nur bei tatsächlichen Ausfällen oder Beeinträchtigungen)	sechs Monate nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung

Vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Pflichten ist eine **Ordnungswidrigkeit nach § 14 BSIG**

Was ist zu tun ? Sonderfälle

AtomG	Energie- wirtschaftsG
TelemedienG	Telekommuni- kationsG

- **Nicht** in den Anwendungsbereich fallen **Kleinstunternehmen** im Sinne der Empfehlung der Europäischen Kommission (weniger als 10 Mitarbeiter und Jahresumsatz/ Jahresbilanzsumme höchstens 2 Mio. EUR)
- **Nicht** in den Anwendungsbereich fallen Betreiber Kritischer Infrastrukturen, die aufgrund von Rechtsvorschriften **vergleichbare oder weitergehende Anforderungen** erfüllen müssen (möglicher erster Anwendungsfall: Telematikinfrastruktur im Gesundheitswesen)
- **Vorrangige Sonderregelungen** ergeben sich aus den nebenstehenden Gesetzen

Sonderregelung Atomgesetz

Umsetzung	<ul style="list-style-type: none">▪ Regelungen im Atomgesetz einschließlich darauf beruhender Rechtsverordnungen mit dem untergesetzlichen Regelwerk sind gleichwertig zu den Anforderungen des BSI-Gesetzes▪ Erfüllung der IT-Sicherheitsanforderungen im Rahmen der Gewährleistung der nuklearen Sicherheit und Sicherung kerntechnischer Anlagen	bestehende Pflichten
Überprüfung		
Kommunikation		
Meldung	<ul style="list-style-type: none">▪ Unverzügliche Meldung erheblicher Sicherheitsvorfälle an das BSI▪ Weiterleitung an die zuständigen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	mit Inkrafttreten des IT-Sicherheitsgesetzes

Pflichten bestehen **unabhängig** von der Einstufung als Kritische Infrastruktur (auch die neue Meldepflicht!)

Sonderregelung Energiewirtschaftsgesetz – Netzbetreiber

Umsetzung	<ul style="list-style-type: none">▪ Erfüllen der Sicherheitsanforderungen nach einem von der BNetzA erstellten Sicherheitskatalog 'Netz'	Umsetzung bis zum 31.01.2018
Überprüfung	<ul style="list-style-type: none">▪ Geeigneter Nachweis der Umsetzung durch gesondert entwickelte Zertifizierung des verbindlich vorgegebenen Informationssicherheits-Managementsystems	im Rahmen der Rezertifizierung
Kommunikation	<ul style="list-style-type: none">▪ Benennung eines Ansprechpartners für IT-Sicherheit	bis zum 30.11.2015

Pflichten bestehen **unabhängig von Rechtsform und Größe** und unabhängig von der **Einstufung als Kritische Infrastruktur**

Sonderregelung Energiewirtschaftsgesetz – Betreiber von Energieanlagen nach KRITIS-Rechtsverordnung

Umsetzung	<ul style="list-style-type: none">▪ Erfüllen der Sicherheitsanforderungen nach einem von der BNetzA erstellten Sicherheitskatalog 'Erzeugung'	offen
Überprüfung	<ul style="list-style-type: none">▪ Offen – wahrscheinlich: Geeigneter Nachweis der Umsetzung durch gesondert entwickelte Zertifizierung des verbindlich vorgegebenen Informationssicherheits-Managementsystems	offen
Kommunikation	<ul style="list-style-type: none">▪ Offen – wahrscheinlich: Benennung eines Ansprechpartners für IT-Sicherheit	offen

Pflichten bestehen **nur** bei **Einstufung als Kritische Infrastruktur**

Sonderregelung Energiewirtschaftsgesetz – Netzbetreiber/Betreiber von Energieanlagen nach KRITIS-Rechtsverordnung

Meldung

- **Unverzögliche Meldung** erheblicher Sicherheitsvorfälle an das BSI
- **Weiterleitung** an die Bundesnetzagentur

sechs Monate nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung

Pflichten bestehen **nur** bei **Einstufung als Kritische Infrastruktur** – auch im Hinblick auf Netzbetreiber

Sonderregelung Telemediengesetz

'Sonderfall'

- **Schutz vor unerlaubten Zugriffen** auf die genutzten technischen Einrichtungen durch technische und organisatorische Vorkehrungen, die den Stand der Technik berücksichtigen
- insbesondere geeignet sind **Verschlüsselungsverfahren** und – bei personalisierten Telemedien – **Authentifizierungsverfahren**
- **nur** Diensteanbieter, die Telemedien **geschäftsmäßig** anbieten – Einordnung als kritische Infrastruktur ist **nicht erforderlich**

mit **Inkrafttreten** des
IT-Sicherheits-
gesetzes

Vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Pflicht ist eine **Ordnungswidrigkeit nach § 16 TMG**

Sonderregelung Telekommunikationsgesetz

Umsetzung*	<ul style="list-style-type: none">▪ bestehende Pflichten werden um die Berücksichtigung des 'Standes der Technik' bei der IT-Sicherheit ergänzt▪ Sicherheitsanforderungen der BNetzA künftig im Einvernehmen mit dem BSI	mit Inkrafttreten des IT-Sicherheitsgesetzes
Überprüfung	<ul style="list-style-type: none">▪ Kannvorschrift wird durch Pflicht zur regelmäßigen Überprüfung der Umsetzung ersetzt, die mindestens alle zwei Jahre stattfinden soll	mindestens alle zwei Jahre
Kommunikation	<ul style="list-style-type: none">▪ Zusätzlich: Information der Nutzer, wenn Störungen von Datenverarbeitungssystemen von diesen ausgehen▪ Hinweis auf technische Mittel zur Abhilfe sofern technisch möglich und zumutbar	mit Inkrafttreten des IT-Sicherheitsgesetzes
Meldung	<ul style="list-style-type: none">▪ Erweiterung der bestehenden Meldepflichten gegenüber der BNetzA um IT-Sicherheitsvorfälle▪ Weiterleitung IT-Sicherheitsmeldungen an das BSI	mit Inkrafttreten des IT-Sicherheitsgesetzes

* Pflichten bestehen für Betreiber **öffentlicher** Telekommunikationsnetze/Erbringer **öffentlich zugänglicher** Telekommunikationsdienste – Einordnung als kritische Infrastruktur ist **nicht erforderlich**

Vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Pflichten ist eine **Ordnungswidrigkeit nach § 149 TKG**

Fazit

- Wegen der rechtlichen Architektur des IT-Sicherheitsgesetzes mit dem **Nebeneinander von Alt- und Neuregelungen**, dem **Nebeneinander von KRITIS-Pflichten und Pflichten, die unabhängig bestehen** und den **'noch offenen Baustellen'** ist der Umgang mit den Anforderungen für die Beteiligten eine Herausforderung.
- Weder die Frage **'Wen betrifft es?'** noch die Frage **'Was ist zu tun?'** kann heute schon abschließend rechtssicher beantwortet werden.
- Die für die Beantwortung der Frage der Betroffenheit entscheidende **KRITIS-Rechtsverordnung nach § 10 BSIG** soll in zwei Körben **im ersten und dritten Quartal 2016** kommen; aktuell werden die erarbeiteten qualitativen und quantitativen Kriterien für eine Abgrenzung mit Behörden, Verbänden und Betroffenen diskutiert.
- Wir gehen davon aus, dass **das zu beachtende Mindestniveau an IT-Sicherheit** zeitnah durch die jeweils betroffenen **Branchenverbände** definiert und mit unterschiedlicher Verbindlichkeit vorgegeben wird.
- **Aktuell schon umzusetzende Rechtspflichten** gibt es nur in den Sonderbereichen Atom – Energie – Telemedien und Telekommunikation.

Herzlichen Dank

für Ihre
Aufmerksamkeit

prego services GmbH

Neugrabenweg 4
66123 Saarbrücken

Franz-Zang-Straße 2
67059 Ludwigshafen

Kontakt

Fon: +49 (0)681 95943-0
Fax: +49 (0)681 95943-1000

Internet: www.prego-services.de
E-Mail: info@prego-services.de